

Zur deutschen
Wirkungsgeschichte
der 68er-Bewegung

Politromantischer Rückfall

Hermann Lübke

Väter mit geschwächtem Selbstgefühl haben Schwierigkeiten, deviantes Verhalten ihrer Kinder in angemessener Weise zu tadeln, und im Extremfall neigen sie zur Entlastung von dieser Schwierigkeit durch die Erklärung, die irritierende vermeintliche Devianz sei in Wahrheit überfällige Suche nach neuen Wegen. Unter den so motivierten Deutungen der Studentenrevolte ist eine zu besonderer und anhaltender Prominenz gelangt. Diese Deutung will wissen, die junge „kritische Generation“ habe endlich deutsches Bescheiden des „Faschismus“ gebrochen und die Thematisierung der von den Vätern verdrängten schlimmen Vergangenheit erzwungen. Die 68er-Bewegung, fand Herta Däubler-Gmelin, sei „ein Aufschrei“ ihrer „Generation gegen die totale Ruhe, gegen die Nichtbeschäftigung mit der Vergangenheit“ gewesen. „Wir wollten das Gegenteil erzwingen. Ich glaube, das war bitter notwendig für jeden einzelnen von uns und auch für dieses Land.“

Die Schuldfrage

Das aber will allein schon zur historischen Abfolge der Generationen nicht recht passen. Die Großen des „Dritten Reiches“ waren doch im Regelfall nicht die Väter, vielmehr die Großväter der Angehörigen der „kritischen Generation“, während die Väter zumeist über Mitläuferränge nicht hinausgekommen waren. Überdies ist es, wie jeder Blick in die Geschichte der einschlägigen Literatur lehrt, schlechterdings unzutreffend, dass man es in Deutschland vor

1968 vorgezogen habe, von den Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft tunlichst nicht zu reden. Das *Tagebuch der Anne Frank* fand sich damals in jeder Schülerbibliothek und war Unterrichtsstoff. Eugen Kogons Konzentrationslagerbericht *Der SS-Staat* erschien bereits 1946. Gleichfalls bereits 1946 erschien Karl Jaspers wirkungsreiche Schrift *Die Schuldfrage*. Das kleine Buch enthielt einen Katalog von Schuldbegriffen, die für die Herstellung eines moralisch und politisch angemessenen Verhältnisses der Deutschen zur Diktatur der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unentbehrlich seien, und mit diesem Katalog von Schuldbegriffen ist meine Generation, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Studium begann, bereits in den späten vierziger Jahren mit Sicherheit umgegangen.

Gern las man natürlich, dass es *Kollektivschuld eines Volkes* „nicht geben“ könne. Der Münchner Historiker Norbert Frei, dem wir den deskriptiv nützlichen Begriff der Vergangenheitspolitik zu verdanken haben, hat entsprechend dem Kollektivschuldbegriff die Funktion der Verschaffung einer kollektiv wohlthätigen Gelegenheit zugeschrieben, diese Schuld als nicht existent zurückweisen zu können. Das ist eine entlarvungstüchtige und anklagebereite Interpretation, die zur Wirkungsgeschichte der 68er-Bewegung gehört. An den Intentionen Jaspers' geht sie vollständig vorbei, und an der Meinung der damals Jungen, die Jaspers als bald rezipierten, desgleichen.

Um noch einige wenige Hinweise anzufügen: Walther Hofers Sammlung maßgebend gewesener Dokumente nationalsozialistischer Diktatur erreichte bereits im Jahre ihres Erscheinens – 1957 – das 150 000. Brachers Analyse des Unteranges der Weimarer Demokratie lasen wir sogleich nach ihrem Erscheinen in einem Erlanger Kolloquium bei Professor Schoeps. Schoeps war ein aus der schwedischen Emigration zurückgekehrter Jude, und allein schon solche Gelegenheiten studentischer oder auch kollegialer Kooperation mit jüdischen Remigranten macht die Unterstellung lebensfremd, der Nationalsozialismus und seine Folgen hätten sich in der akademischen Kommunität „verdrängen lassen.“

Moralisch-politische Selbstprivilegierung

Es erübrigt sich, mit dieser exemplarischen Vergegenwärtigung der Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus im akademischen Millieu schon in den ersten Nachkriegsjahren und in der Frühzeit der jungen Bundesrepublik Deutschland fortzufahren. Die Bekundung, es habe des „Aufschreis“ fassungsloser Studenten bedurft, um die Schrecken nationalsozialistischer Diktatur endlich zu einem akademischen Thema zu machen, ist ein Akt moralisch-politischer Selbstprivilegierung der 68er-Generation. Diese Selbstprivilegierung steht nicht allein im Widerspruch zu den historischen Fakten. Auch die Selbstachtung der älteren Generation verlangt es, sie zurückzuweisen.

Wahr bleibt, dass der Nationalsozialismus, der freilich orthodoxiefromm stets „Faschismus“ genannt wurde, auch in der 68er-Bewegung ein Thema ersten Ranges war. Die Anklage lautete, die Wurzeln des Faschismus seien in Deutschland, näherhin in der Bundesrepublik Deutschland, keineswegs ausgerottet, vielmehr sehr lebendig, nämlich

wie in anderen Ländern des Westens auch in der Gesellschaftsformation des mit Zähnen und Klauen verteidigten „Monopolkapitalismus“. Dass man im Übrigen in akademischen Vorlesungen wie in den Medien und in Politikeransprachen, ja sogar von den Kirchenkanzeln herab in der Bundesrepublik Deutschland ständig vom „Faschismus“ rede, wurde bereitwillig bescheinigt. Aber was nütze das, wenn man das kapitalistische System unangetastet lasse? „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ – so lautet ein damals viel zitiertes Wort Max Horkheimers aus dem Geiste der Frankfurter Schule. Faschismuskritik sei im Kern Kapitalismuskritik, oder sie sei politisch gegenstandslos. – Das also war der „Antifaschismus“ der kritischen intellektuellen Avantgarde der späten sechziger Jahre.

Die Faschismus-Theorie der spätmарxistischen akademischen Linken hatte eine wichtige ideologepolitische Konsequenz, nämlich das Verbot des Antikommunismus. Der antitotalitäre Konsens, der zu den politischen Gründungsvoraussetzungen der zweiten deutschen Demokratie gehörte, war damit aufgekündigt.

Ferne Ideale

Eine politische Option für das System des damals noch real existierenden Sozialismus bedeutete das, selbstverständlich, im Regelfall nicht. Etliche herausragende Studentenführer, Rudi Dutschke zum Beispiel, waren DDR-Emigranten. Es machte betreten, dass die vereinigten sozialistischen Brudervölker just 1968 den Prager Frühling niederwalzten. Aber die sozialistischen Ideale hatten doch weltweite Geltung, und so konnte man, selbst wenn diese Ideale in der Nähe geschändet wurden, sie in der Ferne ungebrochen wirksam finden, in Kuba zum Beispiel oder in Kambodscha – ganz analog zu je-

nen preußischen Alt-Liberalen Hegelscher Schule, die, nach dem Zusammenbruch des 48er-Aufbruchs, ihre Zuversicht am „allgemeinen Aufstand der Tscherkessen“ oder im Anblick des „vulkanischen Ausbruchs“ der Völker in den „Bergen Montenegros“ stärkten.

Dazu passt, dass eine prominente Schriftstellerin und, immerhin, offizielle Kandidatin einer deutschen Partei für das Amt des Bundespräsidenten ausgerechnet den nordkoreanischen Diktator, der sein Volk in das fortdauernde Elend kommunistischer Selbstgenügsamkeit geführt hat, als Erfinder einer reformkommunistischen Ordnung menschlichen Zusammenlebens von globaler Bedeutsamkeit rühmte.

Ideologische und politische Nachwirkungen

Die Gründe für den Anti-Anti-Kommunismus aus der Tradition des 68er Neo-Marxismus sind ideologisch subtil, die politischen Nachwirkungen der anti-antikommunistischen Option hingegen sind äußerst grob. Die ideologische Subtilität liegt im Gedanken, dass der Anti-Faschismus, auf den die Siegermächte nach 1945 Deutschland verpflichtet hatten, in seiner westlichen Hälfte erst dann glaubwürdig und definitiv irreversibel sein würde, wenn der rezente und aus den Gegebenheiten des Kalten Krieges sich nährenden Anti-Kommunismus nicht mehr als Alibi für die Unbereitschaft vieler Deutscher zur sozialistischen Vertiefung ihrer neuen Demokratie wirksam sei. Zu den groben Folgen des ideologiepolitischen Versuchs, den Anti-Kommunismus zum Zweck der Entlastung sozialistisch-demokratischer Ideale inkorrekt zu machen, gehört zum Beispiel die konservierte ideologische Rückständigkeit der intellektuellen Linken Deutschlands gegenüber dem dramatischen Wandel intellektueller Optionen in Frankreich unter der Wirkung des Solschenizyn-Schocks.

Während in Frankreich unter dem Druck der nachhaltig bezeugten Realitäten des großen sozialistischen Experimentes die Verführungskraft der bei diesem Experiment leitenden Ideologie zum großen Thema in anti-totalitärer Absicht wurde, blieb in Deutschland das alt-kommunistische Verbot des Totalitarismusbegriffes in Kraft. Es wurde sogar in ideologiepolitischer Instrumentalisierung der Last ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit, die die Deutschen zu tragen hatten, zum Verbot des Vergleiches zwischen Nationalsozialismus und Internationalsozialismus fortentwickelt. Das erklärt zugleich die wütenden Reaktionen auf die neuerliche Ungeniertheit der Franzosen in der Praxis des Vergleiches der totalitären Regime, mit der sie mit ihrem Kommunismus-Schwarzbuch wirksam beigetragen haben. In Deutschland hingegen hatte sich noch 1987 Erhard Eppler zu dem Satz verstiegen, die Totalitarismustheorie habe „den Deutschen die Selbstbesinnung gestohlen“.

Mentalreserven gegen die Demokratie

Es sei bekräftigt: Mit Sympathie für den Kommunismus in seiner realen Gestalt hat das nichts zu tun. Wohl aber handelt es sich um ein Spiegelungsphänomen fortdauernder Mentalreserven gegenüber dem System der liberalen und formalen Demokratie mit ihren politisch emanzipierten wirtschaftlichen und sonstigen Freiheiten privater Lebenskultur. Bis in signifikante Kleinigkeiten des politischen Alltags schlug das durch. Akademisch sozialisierte jungdeutsche Parteintelligenz war gern bereit, den Einheitspartei-erf Erich Honecker bei Gelegenheit eines Besuchs in seiner saarländischen Heimat aufs freundlichste, ja beflissen zu begrüßen, während sie es für angemessen hielt, einen Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan beim Hambacher Schloss wie eine Besudelung

dieser Traditionsstätte deutscher Frühdemokratie zu kommentieren.

Haltung zur Einheit

Es liegt in der historisch-politischen Natur der Sache, dass die Wiedervereinigung Deutschlands, die mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems möglich wurde, mit der wichtigsten Ausnahme der USA bei den westlichen Nachbarn Deutschlands nur zögerlich Zustimmung fand. Zu den Spätfolgen der 68er-Bewegung darf man zählen, dass die Option für die Beibehaltung deutscher Zweistaatlichkeit auch in der westdeutschen Intelligenz weit verbreitet war. Man sagt gelegentlich, in dieser Option bekunde sich eine besondere moralische Sensibilität, in der man bereit ist, für schlimme deutsche Vergangenheit mit dauernder Teilung der deutschen Nation zu büßen. Diese Deutung der fraglichen Option ist nicht plausibel. Damit würde unterstellt, die nationale Einheit wäre denen, die Deutschland am liebsten fortdauernd geteilt gesehen hätten, komplementär zur Tiefe ihrer Bußbereitschaft besonders teuer. Demgegenüber ist es wahrscheinlicher, dass auch noch die fragliche Teilungsoption auf tief reichenden intellektuellen Legitimitätszweifeln am liberalen Wirtschaftssystem beruht. Die Teilungsoption würde insoweit schlicht besagen, dass man anstelle der Wiedervereinigung Deutschlands ein staatlich verfasstes reformsozialistisches Experimentierfeld gern erhalten gesehen hätte.

Restaurative Orientierungsgehalte

Konservierte intellektuelle Wirtschaftsferne und schwach entwickelter Sinn für die moralischen Potenziale ökonomischer Rationalität – das ist der noch heute auffälligste Rest mentaler Prägung durch die restaurativen, modernitätsverweigernden ideologischen Orientierungsgehalte des 68er vermeintlichen Aufbruchs. Die Veteranen dieses Aufbruchs betrei-

ben heute, wie eingangs festgestellt, ihre Selbsthistorisierung. Die endlosen bunten Taschenbuchreihen, die in ihren Regenbogenfarben damals nachbürgerliches Neuland utopisch verheißen, ja sogar schon vermessen hatten, sind unverändert eindrucksvoll – heute als Dokument frühvollendeter avantgardistischer Musealität. Mit Verwunderung nimmt man im Rückblick zur Kenntnis, was vor dreißig Jahren im deutschen politischen Feuilleton als Aufbruch in eine bessere deutsche Zukunft gefeiert werden konnte. Einige Bitterkeit mischt sich auch bei, wenn man liest, dass einige Kommentatoren es noch vor wenigen Jahren für angemessen hielten, die „offizielle“ Erklärung der Roten-Armee-Fraktion, sie habe die Waffen niedergelegt, als einen Akt der Vernunft willkommen zu heißen.

Demokratisierung total?

Zusammenfassend ließe sich sagen, dass die 68er-Bewegung politisch den Sinn für die institutionellen Voraussetzungen einer liberalen, rechtlich geordneten Demokratie geschwächt hat. Politisierung und Demokratisierung „aller Lebensbereiche“ wurde bis in Parteitage hinein programmatisch. Peter von Oertzen fand, „für die SPD“ bedeute, im Unterschied zu anderen Parteien, „Demokratie ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein des Menschen beeinflussen und durchdringen muss“. Dem kann man gewiss auch in zurechtrückender Absicht einen zustimmungsfähigen Sinn verleihen. Die tatsächliche Wirkung solcher Programmatik war Schwund an Einsicht, dass die Freiheitsgewinne von Demokratisierungsprozessen, wie sie in den Grundrechtskatalogen liberaler Verfassungen gesichert sind, von der Religionsfreiheit über die Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit bis hin zur Versammlungsfreiheit gerade die rechtliche Ausgrenzung derjenigen Lebensbereiche zum Inhalt haben, für die wir nicht wollen können, dass sie zur

Disposition von Mehrheitsentscheiden gestellt werden und die man daher auch in genau diesem Sinne nicht demokratisieren kann.

Man kann auch sagen: Die 68er-Bewegung entfernte sich ideologisch und verhaltenspraktisch von den rechtlichen Voraussetzungen liberaler Demokratie. Sogar das Verständnis für die Verhaltensbedingungen funktionsfähiger, demokratisch organisierter Institutionen verfiel, und philosophisch wurde dieser Verfall sogar als höherer Reifegrad demokratischen Bewusstseins abgesegnet. „Die Einrichtungen einer verwirklichten Demokratie“, so fand Jürgen Habermas 1969, würden sein „wie verschwebende Netze, aus zerbrechlichster Intersubjektivität gewoben“. Das ist, vor dem Hintergrund parlamentarischer Auseinandersetzungen in Westminster oder auch der Üblichkeiten bei einer Appenzeller Landsgemeinde, diskurstheoretisch basierter 68er

Demokratiekitsch. In der institutionenenthobenen Praxis progressiver Demokratisierung bedeutet das, statt Ausbreitung verschwebender kommunikativer Netze, Herrschaft der Vollversammlungsmentalität, in der charismatische Redner den Enthusiasmus kontingent und ohne jede Legitimitätskontrolle zusammengelaufener Haufen politisch zu instrumentalisieren vermochten. Zuständigkeitsfragen erheben sich eben nicht mehr, wenn jeder sich jederzeit kraft seines Wissens veranlasst und berechtigt weiß, so zu handeln, als hinge von ihm und seinem Tun allein das Schicksal der Menschheitsdinge ab, und die Verantwortung wär sein. Die zweite deutsche Demokratie hat das ausgehalten. Vorangebracht wurde sie dadurch nicht.

Vorabdruck aus dem Buch *Politik nach der Aufklärung. Philosophische Aufsätze*, das in diesem Jahr im Wilhelm-Fink-Verlag, München, erscheinen wird.

Studenten demonstrieren am 17. 3. 1970 in Düsseldorf gegen das Hochschulgesetz.

© Claus Wolde, Düsseldorf

